

Bürgergeld

Neuer Name reicht nicht

ANNE-KATRIN PALMER

Im Jahr 2009 war „Hartz IV“ das Jugendwort des Jahres. Mal abgesehen von der Tatsache, dass es überhaupt dazu gewählt worden war, steht es bis heute für arbeitslos sein, aber auch für Rumhängen und Sozialschmarotzen. Hartz IV ist ein Stigma für Menschen, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind – und daher ist es gar keine Frage, dass der Begriff endlich weg muss. Hartz IV ist nach wie vor das große, selbst verursachte Trauma der SPD. 2005 führte die Partei die Grundsicherung ein, und danach stürzte sie beinahe in den Abgrund. Viele Wählerinnen und Wähler wandten sich ab.

Jetzt hat die SPD die Bundestagswahl gewonnen und könnte vieles wieder gut machen. Doch danach sieht es derzeit nicht aus. Es wird vermutlich kleine Verbesserungen geben, aber das System wird bleiben. Der seit 16 Jahren aufgebaute und aufgeblähte Hartz-IV-Apparat mit viel Bürokratie, Sanktionen und Erschwernissen wird nicht mal eben verschwinden. Das Stigma auch nicht.

Es gibt nach wie vor viele Ungerechtigkeiten bei Hartz IV, die Menschen belasten – neben der Tatsache, oftmals keinen neuen Job zu finden. Dass sie beispielsweise nach 35 Berufsjahren arbeitslos werden könnten und nach ein bis zwei Jahren ALG1 in Hartz IV landen, gehört dazu. Oder dass sie ihre Ersparnisse gegenrechnen lassen müssen. Die Ampel-Parteien widmen dem neuen Bürgergeld in ihrem Sondierungspapier einen kleinen Absatz, aus dem man interpretieren könnte, dass wenigstens der neue Regelsatz in Zukunft auskömmlich sein und an die steigenden Lebenskosten angepasst werden könnte. Das allein wäre begrüßenswert, doch diese Kriterien mussten schon bei Hartz IV – wenigstens formaljuristisch – erfüllt sein. Eine System-Abkehr sieht anders aus. Da reicht nicht der besser klingende Name Bürgergeld.

Bezirksbürgermeister

Ganz Berlin jetzt Rot-Grün-Rot?

WIEBKE HOLLERSEN

Vor ein paar Tagen hat der alte Chef noch geschimpft. Die zwölf Berliner Bezirke hätten gegenüber dem Senat viel zu viel Macht, klagte Klaus Wowereit im RBB. Er war in einer Sendung, in der es mal wieder um die Frage ging, warum in Berlin so viel schief läuft. Die Bezirke seien zu autonom, das müsse weg, sagte Wowereit, ein „Durchgriffsrecht“ für den Senat wieder her.

Für den neuen Senat könnte es ein bisschen einfacher werden, seine Ideen in ganz Berlin durchzusetzen. Die drei Parteien, die gerade über die Version 2.0 ihrer Koalition verhandeln, werden in den nächsten fünf Jahren auch sämtliche Bezirksbürgermeisterposten besetzen. Danach sieht es im Moment aus. Die SPD wird wohl in fünf der zwölf Bezirke regieren, die Grünen in mindestens fünf, die Linke in einem. In Pankow sind die Verhandlungen noch schwer zu durchschauen, der Posten könnte an die Grüne Cordelia Koch gehen. Oder doch wieder an Sören Benn, den Linken.

Ist ganz Berlin jetzt Rot-Grün-Rot? Nach der Wahl am 26. September sah das nicht so aus. Eine Erinnerung: In der Innenstadt hatten die Grünen fast alles gewonnen, was man gewinnen konnte. In den Außenbezirken gingen viele Direktmandate für das Abgeordnetenhaus an die SPD. Aber viele eben auch an die CDU. Die Union gewann auch Bezirkswahlen, mit knappem Vorsprung sogar in Marzahn-Hellersdorf. Aber andere Parteien haben geschickter verhandelt oder sich gegen die CDU verbündet. Nun muss sie sich wohl mit Stadtratposten begnügen. Den Wahlergebnissen wird das nicht gerecht. Die haben gezeigt, dass Berlin eine politisch gespaltene Stadt ist. Nicht mehr zwischen Ost und West. Sondern zwischen Zentrum und Stadtrand. Und dort leben viele Berliner, die keine Fans von Rot-Grün-Rot sind.



BERLINER ZEITUNG/THOMAS PLASSMANN

Ich kämpfe seit 18 Jahren. Seit dem Tag, an dem ich eine Empfehlung für die Hauptschule ausgesprochen bekommen habe. Mein Klassenlehrer schickte damals ausnahmslos alle Kinder, deren Familien aus der Türkei, dem Iran, aus Algerien oder Bulgarien stammten, auf die Sonder- oder die Hauptschule. Mein Vater konnte die Empfehlung nicht nachvollziehen und ließ mich eine externe Prüfung absolvieren. Während sich meine Mitschüler auf die 5. Klasse freuten, sich ihre Eltern die Schulen ihrer Umgebung ansahen, ging ich zur Nachhilfe, wo ich auf meine Prüfung – Diktat, Aufsatz, Mathetest – vorbereitet wurde. Und ich absolvierte diese.

Meine Familie und ich warteten auf die Verkündung der Prüfer. Wie lange, daran kann ich mich nicht erinnern. Doch ein Moment brannte sich in mein Gedächtnis: Ich war im Hort, meine Erzieherin rief mich zu sich und hielt mir den Telefonhörer entgegen. „Da ist jemand für dich.“ Ich nahm ihn entgegen und hörte meine ältere Schwester rufen: „Miray, du hast es geschafft! Du hast die Empfehlung fürs Gymnasium bekommen!“ Ich fing an zu weinen. Damals war ich zehn Jahre alt.

Die Last, die ich damals auf meinen kleinen Schultern tragen musste, sitzt heute tief in meiner Brust. Es macht etwas mit einem Menschen, grundlos aussortiert zu werden. Anders behandelt zu werden, nur weil ich heiße, wie ich heiße. Nur weil meine Eltern aus Istanbul kommen. Und ich schreibe aus der privilegiertesten Stellung heraus, als weiße heterosexuelle Frau mit akzentfreier Aussprache. Was müssen Menschen erleben, die aus der immer wieder angeprangerten Mehrheitsgesellschaft hervorstechen – weil sie ein Kopftuch tragen, weil sie gebrochen Deutsch sprechen.

Es ist illusorisch zu glauben, dass es den sogenannten Gastarbeiterkindern oder all jenen, die in dritter, vierter Generation in Deutschland leben, im Leben anders ergangen ist oder ergeht als mir. Mein Schicksal ist

Einwandererfamilien

Öztürk wird zu Schmidt



MIRAY CALISKAN

kein Einzelschicksal. Und es ist dem Zufall überlassen, ob das Kind aus der migrantischen Community es „schafft“, seinen Lebenszielen nachzugehen, oder aufgeben muss, weil es dem Druck nicht standhalten kann.

Ich komme aus keiner Akademikerfamilie. Mein Papa ist in den 1960er-Jahren nach Deutschland eingewandert, um zu studieren, hat sein Studium aber abbrechen müssen, um seine Familie, die in der Türkei lebte, zu versorgen. Also jobbte er. Irgendwann machte er sich selbstständig und übernahm ein Reisebüro, das noch heute im Familienbetrieb ist. Meine Mama migrierte in den 1970er-Jahren nach Deutschland und blieb Hausfrau.

Die beiden taten alles, damit meine Geschwister und ich alles bekamen. Sie räumten unseren Weg frei. Sie brachten mir bei,

mich zu wehren – sie bereiteten mich gewissermaßen psychisch auf die diskriminierenden Erfahrungen vor, die ich später erleben sollte. Das ist der Grund, wieso ich mich bei meiner Einbürgerung dagegen entschieden habe, meinen Namen eindeutschen zu lassen. Aber es gibt viele, die es tun, und ich kann das nachvollziehen. Die Öztürks, die zu Schmidts wurden, die Husseins, die heute Erler heißen. Sie geben ein Stück ihres Selbst auf, damit ihre Kinder, so die Hoffnung, eine leichtere Zukunft haben als sie selbst.

Die Journalistin und Lehrerin Melisa Erkurt sagte einst, dass sie in ihrer Ausbildung darauf vorbereitet wurde, Hülyas und Alis auszusortieren, um Annas und Pauls zu unterrichten. Es war Zufall, dass mein Deutschlehrer am Gymnasium, wo nur eine Handvoll Kinder aus Einwandererfamilien unterrichtet wurden, gerade mich, eine Miray, darin bestärkte, Journalistin zu werden. Und es war Zufall, dass ich im Nachrückverfahren an der Uni angenommen wurde, irgendwann einen festen Job bekam. Das System war gnädig mit mir – und ich meine es so. Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, als eine Person aus einer Einwandererfamilie in einer der vielen blütenweißen Redaktionen Fuß zu fassen, geschweige denn aufzusteigen? Dieses Gedankenspiel kann man auf andere Berufszweige übertragen. Und auf alle Lebensbereiche: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein deutscher Mieter den Muhammed Yilmaz zur Besichtigung einlädt? Oder in den sozialen Medien nicht „scheiß Islamistin“ fällt, wenn verkündet wird, dass Aydan Özoguz zur Vizepräsidentin des Bundestags gewählt wurde?

Kämpfe auszutragen, das wird so manchen glücklichen Kindern aus Einwandererfamilien schon von Haus aus beigebracht. Alle anderen bringen es sich selbst bei und arbeiten sich irgendwie hoch, verschließen sich auf dem Weg die Augen und Ohren und halten den Mund, wenn ihnen Vorurteile entgegengeschleudert werden. Oder sie zerbrechen daran. Das ist 2021.

Kolumne

Irgendwie ziemlich onkelig

YULIAN IDE

Schimpfwörter aus den Themenbereichen Sex und promiskuitive Lebensführung.

Die Holländer hingegen pimmeln nicht rum, wenn es um verbale Kriegsführung unter der Gürtellinie geht: „Bekomm doch Typhus!“, „Die Party ist schwindtsuchtig!“ oder „Du elende Krebschur!“ sind völlig alltägliche Sätze unter Holländer:innen. Mit dieser Vorliebe für Krankheiten, die man sich gegenseitig an den Hals wünscht, ist das Niederländische übrigens recht einzigartig. Überhaupt möchte ich an dieser Stelle mal eine Lanze für das Niederländische brechen, dem ja ein bisschen der Ruf vorausliegt, als Kultursprache dem Englischen, Französischen und Deutschen in irgendetwas nach-

zustehen. Ungefähr zur gleichen Zeit als Verlagsmitarbeiter hierzulande probierten, „Gammelfleischparty“ als authentischen Slang zu etablieren, fing ich gerade an, Niederländisch zu lernen und stieß auf wunderbare Wortneuschöpfungen, die sinnbildlich die Gesellschaftsphänomene ihrer Zeit auf den Punkt bringen und zu politischen Schlagworten avancierten: „breezersletje“, also „Breezerschlampe“ bezeichnete beispielsweise den Typ junge Frau in Diskotheken der Nuller Jahre, die sich mit süßen Alcopops regelmäßig in komatöse Rauschzustände versetzte. Kaum ein anderes Wort ist so eng verbunden mit der Law-and-Order-Politik von Mark Rutte wie „hangjongeren“, also wörtlich „Hängjugendliche“, das Teenager bezeichnet, deren Hauptbeschäftigung das Rumhängen im öffentlichen Raum ist, häufig musikalisch untermalt von düsterem Hip Hop, der aus ihren Handys dröhnt.

Es ist naheliegend, dass sich die Niederländer durch die Corona-Pandemie zu neuen Krankheitsschimpfwörtern haben inspirieren lassen. Der ungeliebte Gesundheitsminister Hugo de Jonge wurde von Impfgegnern etwa mit dem Titel „prikpooyer“, also etwa „Impfzuhälter“, bedacht. Und Mark Rutte prägte Worte wie „weglacherpremier“ dank seiner zweifelhaften Fähigkeit, jeden politischen Skandal an sich abperlen zu lassen. Ihre geschäftsführende Regierung finden auch erwachsene Niederländer nämlich ziemlich „cringy“.

Zitat

„Die Leitfrage ist: Was können wir tun, um das an vielen Stellen sehr männlich geprägte Gottesbild in die Vielfalt zurückzubringen, die es verdient?“

Rebekka Biesenbach, Geistliche Bundesleiterin der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) zur Diskussion in ihrem Verband, Gott künftig mit Gendersternchen zu schreiben.

Auslese

Polens Populismus

Die europäischen Medien blicken mit Unbehagen auf den Streit Polens mit der EU. „Besorgniserregend wird die Sache dann, wenn Premier Mateusz Morawiecki im Konflikt mit der EU seinen europäischen Partnern vorwirft, sie würden den Dritten Weltkrieg anzetteln wollen“, schreibt etwa *Die Presse* aus Österreich und beobachtet eine „Überdosis populistischer Heuchelei“. Diese sei zwar normalerweise nicht tödlich, verursache aber Langzeitschäden, so das in Wien erscheinende Blatt weiter.

In Kopenhagen wundert sich das *Kristeligt Dagblad* ebenfalls über das Verhalten der polnischen Regierung, betont aber zugleich die Notwendigkeit, „einen kühlen Kopf zu bewahren.“ Nur so lasse sich eine Eskalation verhindern, die zur schwersten Krise der EU seit dem Brexit anwachsen oder sogar zu einem Ausscheiden Polens führen könne. „Die EU wird zu ihren demokratischen Grundwerten stehen müssen, aber es ist auch wichtig, die Polen davon zu überzeugen, dass wir sie mitten in Europa brauchen“, meint die dänische Tageszeitung.

In Polen selbst befasst sich die Zeitung *Rzeczpospolita* mit dem Zwangsgeld, zu dem der EuGH das Land wegen seiner umstrittenen Justizreform verurteilt hat. Ein solches Urteil sei absehbar gewesen – aber vermeidbar. „Doch die Regierung in Warschau ist zu einer Geisel der Emotionen und rechten Dogmen geworden. Wenn die Verantwortlichen das Zwangsgeld aus eigener Tasche bezahlen müssten, würde es vielleicht genügen, bedauernd mit dem Kopf zu schütteln. Doch es geht hier um die Gelder der Steuerzahler – und die Politiker sind verpflichtet, verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen.“ (pha.)

Berliner Zeitung

PFLICHTBLATT DER BÜRSE BERLIN

Herausgeber: Dr. Michael Maier

Redaktionsleiter: Tobias Müller (VStDP)

Textchefin: Bettina Cosack

Reporter: Bettina Cosack, Tobias Müller

Dossier: Anja Reich

Resorts

Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar

Welt & Nationen: Dr. Michael Maier

Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Briene

Kultur: Harry Nutt

Lernen & Arbeiten: Eva Corino

Gesundheit & Leben: Ruth Schneidberger

Sport & Leidenschaft: Christian Kattner (Komm.)

Chef Fotoredaktion: Paulus Ponitzak

Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortliche Redakteure im Sinne des Berliner Pressegesetzes.

Art Print: Ingo Preißler

Chef Druck: Heike Fischer

Chefin Open Source: Wiebke Hollersen (Komm.)

Leserhotline Redaktion: +49 30 63 33 11-457

E-Mail: leser-bz@berlinerzeitung.de

Redaktion: BV Berliner Tageszeitungen GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Jan Schmidt

Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Verlag: Berliner Verlag GmbH

Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Christoph Stiller

Postadresse 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin

Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33

Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Dr. Mirko Schiefelbein, Edzard Maske

Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;

Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97

E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de

Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de

Es gilt Anzeigenpreise, die gültig sind: 1.1.2021.

Druck: BV Berliner Zeitungsdruck GmbH,

Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Christoph Stiller

Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,

Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de

Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de

Die Print-Ausgabe und das E-Paper der Berliner Zeitung erscheint werktäglich Mo-Fr sowie als Wochenendausgabe samstags im Berliner Verlag.

Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de. Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboshop.berliner-zeitung.de

Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht kein Bellerungs- und Entschädigungsanspruch. Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Kreuzberg.